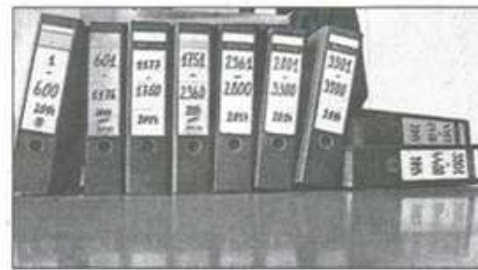


20:46 Uhr Darmstadt/Main-Kinzig-Kreis (pfz). Über mehrere Jahre wird das Thema Windkraft im Regierungsbezirk Südhessen schon heftig diskutiert. Es sollte also ein guter Tag werden für den Dachverband Gegenwind im Main-Kinzig-Kreis und seiner Partner im Taunus und Odenwald. Voller Tatendrang wollte man gestern vor Regierungspräsidentin Brigitte Lindscheid (Bündnis 90/Die Grünen) die verschiedenen Stellungnahmen der Bürgerinitiativen vorstellen. Doch Zeit für Gespräche hatte sie keine. Stattdessen machte sich Ernüchterung und Unverständnis unter den Engagierten Bürgern breit.



4000 Unterschriften aus dem Taunus fein säuberlich einsortiert in neun Leitz-Ordner

Ganze sechs Prozent der Gesamtfläche des Kreises sind als Vorrangfläche für den Bau von Windkraftanlagen vorgesehen. Dabei werden nach Meinung der Windkraftgegner unter anderem Bürgerwillen, Gesundheitsrisiken und eine mögliche Trinkwasserverschmutzung bewusst übergangen.

„Alleine unsere Bürgerinitiativen haben ganze 10 000 Unterschriften gesammelt“, zeigt sich Rolf Michael Zimmermann stolz auf die Arbeit der verschiedenen 'Interessengemeinschaften unter dem Dachverband „Gegenwind Main-Kinzig-Kreis/ Naturpark Spessart“. Addiert man die Unterschriften aus dem Taunus und dem Odenwald hinzu, kommt man sogar auf 20 000 Bürger, Welche die Pläne gegen die Windkraftanlagen unterstützen. „Die Natur gibt uns zurück, was uns „ Städte, Lärm und Technik nehmen“, War ein wichtiger Satz, den Rolf Michael Zimmermann in seiner Rede vorbereitet hatte. Doch Brigitte Lindscheid gab dem Wirtschaftsingenieur nicht die Chance, das Wort zu ergreifen.

Entgegen der Annahme. Dass die verschiedenen Initiativen ihre Stellungnahmen zum Regionalplan kurz erläutern dürfen, sehen sie die kalte Schulter der Regierungspräsidentin. „Da es hier um ein laufendes Verfahren geht, kann ich mit Ihnen nicht diskutieren“, sagte die Regierungspräsidentin. Die Stellungnahmen und Unterschriften liegen jetzt zwar in Darmstadt vor, doch zeigte man sich vonseiten der Windkraftgegner enttäuscht über die sehr kurze Audienz bei Brigitte Lindscheid. Dabei habe sich die Delegation förmlich und fristgerecht angemeldet.

Beinahe 50 Aktive nahmen den Weg ins Regierungspräsidium auf sich. „Wenigstens die Ängste und Sorgen der „Menschen hätte man sich doch anhören können“, wurde auf Seiten der Bürgerinitiativen verärgert angemerkt. Die Stellungnahmen und Unterschriften werden nun zu den einzelnen Fachausschüssen und an die Regionalversammlung Südhessen weitergegeben. Dort wird dann über das weitere Vorgehen bezüglich des Regionalplans Südhessen beraten und beschlossen.